



schlagl_ch

3-D-Druck-Denkmäler

Die meisten Bronzestatuen haben ihre Zeit lange hinter sich, Provisorische, austauschbare Denkmäler müssen her für die wahren HeldInnen

Vor Jahren war der große lateinamerikanische Schriftsteller Eduardo Galeano zu Besuch bei seinem deutschen Verlag in Wuppertal. Er blieb staunend vor dem Standbild einer jungen Frau stehen. Offensichtlich eine Arbeiterin. In Lebensgröße und aus Bronze. „Was ist das für eine zivilisierte Stadt“, rief er aus, „die einer Arbeiterin ein Denkmal setzt!“

Seit 1979 schmückt die Statue von Mina Knallenfalls die Elberfelder Innenstadt. Keine historische Figur, sondern eine Heldin aus einem Mundartgedicht von Otto Hausmann. Sie steht mitten im Alltagsleben, ohne Sockel und Attitüde. Mal wird sie getätselt, mal mit Blumen umrankt. Niemand käme auf die Idee, sie umzuwerfen.

Die „Mina“ ist eine Ausnahme. Fast überall erheben mächtige Statuen einen Anspruch auf historische Repräsentanz. Oft fahren sie schwerere Geschütze auf, wortwörtlich als militaristisches

Statt an VorkämpferInnen heutiger Errungenschaften zu erinnern, stehen überall Mahnmale gefallener Soldaten

Memento mori sowie im erinnerungskulturellen Kampf. Meist nehmen wir sie kaum wahr, auch wenn wir ihren tiefen Schatten durchschreiten. Nur gelegentlich, nach Protesten, Aufständen oder Revolutionen, werden sie vom Sockel geholt. Dann – und nur dann – erfüllen sie die Aufgabe, die ihrer deutschen Bezeichnung eingeschrieben ist: Denkmal.

Während in England ein Sklavenhändler kopfüber ins Hafenbecken fällt, neigen wir hierzulande eher zur gepflegten Diskussion. So, als gäbe es keinen dringlichen Handlungsbedarf. Doch in jeder deutschen Stadt wimmelt es von Kriegerdenkmälern. Nehmen wir etwa Stuttgart. Im Mittleren Schlossgarten wird mit einem löwenstarken Denkmal das Grenadier-Regiment, „Königin Olga“ geehrt. Kaum jemand denkt sich was dabei, nur wer zu Hause auf Wikipedia nachschlägt, wird von den historischen Fakten fast erschlagen: 1848, „eingesetzt zur Bekämpfung von Unruhen im Lande“, 1900 am „zweiten internationalen Expeditionskorps in China beteiligt“, 1904/1906, „nehmen Soldaten des Regiments am Kampf gegen die Herero in nicht bekannter Stärke teil“.

Wenn man die pseudo-objektive Sprache von Wikipedia in die Ehrlichkeit von Leichensäcken und Gräbern übersetzt, bedeutet dies: brutale Niederschlagung von heimischen demokratischen Protesten; imperialistische „Strafexpedition“ gegen einen Volksaufstand; und Massenmord in Deutsch-Südwestafrika.

Anders gesagt: Dieser steinerne Löwe repräsentiert all das, was wir heute als Gesellschaft ablehnen. Wo hingegen sind die Denkmäler aller exekutierten Deserteure? Des unbekanntes Saboteurs und der Revolutionäre wie etwa Fritz Anke, dessen Forderungen aus den Jahren 1848/49 heute allesamt im Grundgesetz verankert sind? An seiner Stelle thront weiterhin und

weithin sichtbar Wilhelm I., König von Württemberg, der nach der blutigen Niederwerfung der Revolution von 1848/49 seine Absicht bekräftigte, „das Volk vom periodischen Fieber der Wahlen befreien“ zu wollen.

Statt an VorkämpferInnen heutiger Errungenschaften zu erinnern, stehen überall in Deutschland und Österreich Mahnmale gefallener Soldaten. Wenn es eine gesellschaftliche Übereinkunft gibt, dass weder der Erste noch der Zweite Weltkrieg eine gute Sache war, dann sollten wir doch auch jene ehren, die gegen diesen Wahn gekämpft haben!

Es gibt Alternativen, könnte man einwenden und etwa auf das Sowjetische Ehrenmal in Treptow hinweisen. Was zu Recht an die Befreiung von Nationalsozialismus erinnert, wurde 1949 auf Befehl Stalins errichtet. Denn jedes Denkmal lässt Geschichte zur halben Länge erstarren. Indem es in Erinnerung ruft, verschweigt es zugleich. Etwa, dass die Soldaten der Roten Armee als Okkupationstruppen massenhaft Frauen vergewaltigt und ein totalitäres System installiert haben, das in Osteuropa 45 Jahre lang Unterdrückung, Ausbeutung und Schrecken etabliert hat.

Wenn also Verteidiger althergebrachter Gedenkort wie der britische Premierminister Boris Johnson fordern, dass „die Menschen unsern Vergangenheit mit all ihren Unvollkommenheiten verstehen“ sollten, dann muss die Frage erlaubt sein, ob die statuarische Verkörperung komplexer historischer Zusammenhänge zu diesem Verständnis beiträgt. Steht im Schlossgarten neben dem Löwen eine Tafel über den Genozid an den Herero? Gibt es im Treptower Park eine Dauer Ausstellung über die Ambivalenz von Befreiung/ Unterdrückung?

Was in einem Museum ein Leichtes wäre, funktioniert im öffentlichen Raum kaum. Solange unsere Denkmäler versteinerte Ausdruck von Geschichtlichkeit bleiben, können sie keine andere soziale Funktion erfüllen, als die Selbstgerechtigkeit von Macht zu dokumentieren. Nötig sind deshalb keine weiteren Denkmäler, sondern eine Neubewertung der Erinnerungskultur. Natürlich wäre es schön, die sechs Meter hohe Bronzestatue von Thomas Jefferson durch die Bronzestatue einer schwarzen Frau zu ersetzen, etwa der einstigen Sklavin und Freiheitskämpferin Harriet Tubman, wie einer von Jeffersons Nachfahren neulich in der *New York Times* forderte. Aber dies wäre nur ein punktueller Erfolg.

Das Störende an den Denkmälern ist die Hybris ihrer vermeintlichen Unvergänglichkeit. Geschichte aber ist ein sich wandelndes Narrativ. Wir sollten lieber provisorische Denkmäler errichten, was technisch durch den 3-D-Druck leicht zu verwirklichen wäre, anhand von Vorschlägen, die aus Diskussionen in Vereinen, Gemeinderäten oder Klubs von lokalhistorisch Interessierten erwachsen. Diese Mahnmale würden als Momentaufnahmen wirken, die geeignet wären, ein profundes Gespräch über die wahren HeldInnen der Geschichte hervorzurufen. Wer widerspricht und andere zu überzeugen vermag, darf seinen Vorschlag in der nächsten Denkmalsaison verwirklichen. Aber das wäre zu demokratisch, Gott und Wilhelm behüte.



Ilija Trojanow ist Schriftsteller, Weltensammler und Autor zahlreicher Bücher, darunter: „Macht und Widerstand“ und „Nach der Flucht“ (beide S. Fischer). Voraussichtlich Ende Juli kommt sein neuer Roman „Doppelte Spur“ in den Buchhandel.

Die Schlagloch-Vorschau: 29. 7. Jagoda Marinić 5. 8. Charlotte Wiedemann 12. 8. Mathias Greffrath

Dorothea Hahn über Trumps Entsendung der Bundespolizei

Kriegserklärung an die Städte

Der Montag war ein historischer Aktionstag in den USA. Die Gewerkschaften organisierten einen politischen Streik, trotz Pandemie verlangten die Menschen quer durchs Land auf den Straßen die Fortsetzung der finanziellen Unterstützung für die zig Millionen von Corona-Arbeitslosen, staatliche Krankenversicherungen für alle und ein Ende der vielen Formen von Rassismus.

Doch am Dienstag ist wieder nur Trump in allen Schlagzeilen. Und er ist es nicht etwa mit Reaktionen auf die täglich wachsende Kritik an seiner Politik. Sondern mit einem neuen Ablenkungsmanöver: Dieses Mal versucht Trump es mit einer offenen Kriegserklärung an die Städte. Er droht ihnen, seine Bundespolizei zu schicken. Die Generalprobe hat er bereits in Portland, Oregon, vorexerziert. Dort sind Bundespolizisten seit Tagen gegen den erklärten Willen der gewählten örtlichen PolitikerInnen im Einsatz. In einem Vorgehen, das an Diktaturen erinnert, kommen sie in nicht gekennzeichneten Fahrzeugen, tragen keine Identifizierungen, setzen Gewalt ein und neh-

men DemonstrantInnen ohne Angabe von Gründen mit.

Wie an anderen Orten, wo autoritäre Regime ihre GegnerInnen loswerden wollen, behauptet auch Trump, er wolle Gefahren für die öffentliche Sicherheit abwenden. Zugleich macht er nicht einmal selbst einen Hehl daraus, dass er die Eskalation dorthin tragen will, wo er nichts zu verlieren hat: in dem demokratisch regierten großen Städten des Landes. Dort gewinnen RepublikanerInnen schon lange keine Wahlen mehr. Aber dort glaubt er das Erreichen zu können, was ihm für seine Wiederwahl nötig erscheint: seiner Basis zeigen, dass er ein starker Mann ist.

Trump hat politisch auf der ganzen Linie versagt: in der Pandemie, auf dem Arbeitsmarkt sowie auf internationalem Parkett. Jetzt befindet sich seine Popularität – endlich! – im freien Fall. Und jetzt rührt sich – endlich! – Widerstand im Inneren der Republikanischen Partei. Das kündigt seine Wahlniederlage im November an. Aber es macht ihn zugleich so gefährlich und unberechenbar wie ein verwundetes Raubtier.

ausland 10

Benno Stieber über Baden-Württembergs neues Naturschutzgesetz

Grüne können's – aber nicht allein

Wenn man mehr Fridays for Future in der Politik haben wolle, solle man ihm eben eine absolute Mehrheit verschaffen, sagt Winfried Kretschmann manchmal knurrig, wenn ihm mangelnde Durchsetzungskraft in Umweltfragen vorgeworfen wird. Soll heißen: Eigentlich möchte ich ja, aber mit der CDU komme ich leider so selten dazu.

Dass es auch anders geht, zeigt jetzt das neue Naturschutzgesetz der schwarz-grünen Landesregierung. Unter dem Druck eines Erfolg versprechenden Volksbegehrens, das mit Verboten noch viel weiter gegangen wäre, beschließt der Landtag jetzt ein Gesetz, das Kretschmann und sein Umweltminister Franz Untersteller nie in einem Koalitionsvertrag mit der CDU untergebracht hätten: Erhöhung des Ökolandbau-Anteils, Pestizide um die Hälfte reduzieren und das Verbot von Schottergärten. All das steht jetzt im Gesetz – und ist damit ambitionierter als alles, was andere Länder beschlossen haben.

Kretschmanns Beitrag dazu war eine kluge Regie im Hintergrund, mit der er es geschafft hat, sowohl die Initiatoren

des Pro-Biene-Volksbegehrens als auch die CDU, die eigentlich knietief in der konventionellen Bauernschaft verankert ist, auf das neue Gesetz zu verpflichten.

Daraus kann man zweierlei lernen: Allein haben die Grünen offenbar nicht die Kraft, dringend notwendige Reformen auch gegen einen Koalitionspartner durchzusetzen. Das ist eine schlechte Nachricht für Baden-Württemberg. Denn im Moment spricht wenig dafür, dass es bei der Landtagswahl im kommenden März zu anderen Mehrheiten reichen könnte. Und es wäre auch eine schlechte Nachricht für eine mögliche Regierungsbeteiligung der Grünen nach der Bundestagswahl im nächsten Jahr, wo sie ja aller Voraussicht nach höchstens Juniorpartner wären.

Die gute Nachricht ist, dass die alten Strategien der Umweltbewegung noch heute höchst wirksam sein können. Mit Engagement, Fachwissen und Kompromissbereitschaft im richtigen Moment lässt sich ganz am Ende sogar ein Sieg gegen die Agrarlobby erringen.

wirtschaft + umwelt 8

Susanne Schwarz über das Aussterben der Eisbären

Münzwurf für den Klimaschutz

Es steht nicht gut um den Eisbären, das ist schon lange bekannt. Auf Klimademos ist er ein beliebtes Maskottchen, auch wenn Klimabewegte Kommunikationsexpert:innen mittlerweile herausgefunden haben, dass das viele Menschen gar nicht so sehr bewegt. Arktis? Zu weit weg.

Diese weit entfernte Arktis erwärmt sich im Zuge der Klimakrise aber leider doppelt so schnell wie der globale Durchschnitt. Und ein Forschungsteam hat gerade ermittelt, dass die Eisbären bei einem ungebremsten Anstieg der Treibhausgas-Emissionen schon Ende dieses Jahrhunderts aussterben könnten.

Was heißt hier ungebremster Anstieg, betreiben wir denn etwa keinen Klimaschutz, werden manche fragen. Die Antwort ist leider: Bisher stellen wir vor allem Klimaziele auf, und selbst die nicht in ausreichendem Umfang.

Das Pariser Weltklimaabkommen sieht vor, dass die Erderwärmung möglichst bei 1,5 Grad stoppen soll.

Die Klimaziele für das Jahrzehnt bis 2030, mit denen die einzelnen Staaten dieses Ziel freiwillig unterfüttern soll-

ten, bringen die Welt aber gerade mal auf einen 3-Grad-Pfad – wenn sie denn überhaupt komplett umgesetzt werden. Alle fünf Jahre sollen die Staaten deshalb neue Ziele einreichen, unter anderem 2020. Doch der Prozess läuft bis jetzt schleppend.

Auch die EU – und damit Deutschland – wertet noch an ihrem neuen Klimaziel. Sie will es so aufziehen, dass Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent wird, und zwar im Jahr 2050.

Das Problem: Selbst wenn die ganze Welt zur Mitte des Jahrhunderts klimaneutral wird, gibt es nur eine Fifty-fifty-Chance auf das 1,5-Grad-Ziel.

Hinzu kommt, dass das Paris-Abkommen eigentlich vorsieht, dass arme Staaten länger Zeit bekommen sollen als andere. Damit wenigstens die Münzwurfwahrscheinlichkeit auf das 1,5-Grad-Ziel bleibt, müsste die reiche EU demnach deutlich früher liefern als geplant.

Es steht also schlecht um die aktuell rund 25.000 noch verbliebenen Eisbären. Und ebenso schlecht um den Rest der Welt.

wirtschaft + umwelt 8